

# Spionagedeal mit China

chungssoftware zu gelangen, die hierzulande produziert wird. Der Bund verhinderte den Spionagedeal in letzter Minute. **Berns Befürchtung: Der chinesische Staatsapparat könnte die Technik zur Repression von Kritikern verwenden.**

Das Geschäft war bereits so gut wie abgeschlossen. Noch in diesem Jahr hätte ein Schweizer Unternehmen die hochmoderne Technologie an eine chinesische Privatfirma liefern sollen. Mit der Software lassen sich Funksignale anzapfen und grosse Daten-

mengen analysieren. Auftragsumfang: knapp 87 000 Franken.

## Seco wurde stutzig

Dann machten Ungereimtheiten in den Exportunterlagen das für Ausfuhrbewilligungen verantwortliche Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) stutzig. Nach eingehender Überprüfung durch den Nachrichtendienst gelangten die Experten des Bundes zum Schluss, **dass die chinesische Firma nur als Tarnunternehmen fungierte.** In Wahrheit war die Spionage-

software für das chinesische Regime bestimmt.

Vom Seco ist weder zu erfahren, um welche Technik es sich handelt, noch, welche Schweizer Firma in den Deal involviert ist. Sprecher Fabian Maienfisch bestätigt aber: «Es geht um Softwarelösungen, die für Repressionszwecke eingesetzt werden können.» Und: **Es habe ein «erhebliches Risiko» bestanden, dass die chinesische Firma das Material an staatliche Stellen weitergeleitet hätte.**

Bei seiner Entscheidung beruft sich das Seco auf die

Verordnung über die Ausfuhr von Gütern zur Internet- und Mobilfunküberwachung. Die lässt es zu, eine Lieferung zu stoppen, wenn der Verdacht besteht, **dass die Güter gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden – statt etwa zur Bekämpfung von Terrorismus oder für die Suche nach Vermissten.** Zweifel über den Endverbleib der Lieferung gelten ebenfalls als Verbotgrund.

Ähnliche Lieferungen wurden bereits wiederholt gestoppt. 2015 verweigerte das Seco die Bewilligung

für den Export von Geräten zur Handyüberwachung an Vietnam und Bangladesch, 2016 ging es um die Türkei.

**In China ist das Geschäft mit der Überwachung ein Wirtschaftsfaktor.** Die Spionageindustrie boomt.

Pekings neueste Massnahme ist ein Punktesystem für alle Bürger. Von Postings im Internet bis hin zum Stand der finanziellen Verhältnisse – das Verhalten von 1,3 Milliarden Chinesen soll in einem elektronischen Verzeichnis erfasst und bewertet werden: totale soziale Kontrolle. ●



## Mit harten Bandagen

Die Swisscom hat diese Woche bei der Wettbewerbskommission eine Klage gegen UPC eingereicht. So versucht die Swisscom, doch noch an die Bilder der Schweizer Hockeymeisterschaft zu kommen. **Die Übertragungsrechte hatte UPC ersteigert.** Ab der kommenden Saison 2017/2018 überträgt sie die Spiele der Eishockeyligen über den Sender MySports. ●

mehr bezahlt, hätte sie den Zuschlag bekommen.

## Wäre es denn nicht besser, UPC würde die Eishockeyspiele auch an Teleclub verkaufen?

Klar. Aber das ist Sache der beiden Kanäle, nicht unsere. Teleclub hat die Exklusivrechte für die Schweizer Fussballmeisterschaft, UPC und die Kabler für die Eishockeymeisterschaft. Beide haben also Asse im Ärmel. Und können jetzt miteinander verhandeln, welche Bilder ausgetauscht werden sollen.

## Diese Woche hat die Swisscom Klage bei der Wettbewerbskommission eingereicht, weil UPC die Eishockeyspiele nicht abtreten will. Haben Sie Verständnis dafür?

Das Vorgehen der Swisscom will ich nicht kommentieren. Was für uns aber klar ist: Wir müssen das Eishockey exklusiv verkaufen dürfen! Das läuft so bei Olympia, bei der WM, überall im Sport. Unser Vorgehen ist unserer Ansicht nach wettbewerbsrechtlich völlig korrekt. Wenn das nicht mehr möglich ist, dann entzieht man dem Sport – nicht nur dem Eishockey – das Geld, mit dem man all das überhaupt finanzieren kann. Und das will der Sportfan ja wohl auch nicht. ●

INTERVIEW: MORITZ KAUFMANN

# Jegge: Druck aus dem Nationalrat

**D**er Fall Jegge feuert die politische Debatte über den Umgang mit verurteilten Pädosexuellen neu. Im Mai 2014 hatte das Volk mit 63,5 Prozent eine Initiative angenommen, die lebenslange Berufsverbote für verurteilte Kinderschänder forderte. **Der Bundesrat jedoch schuf in seiner Botschaft Ausnahmen – für sogenannte leichte Fälle.**

SVP-Nationalrätin Natalie Rickli sieht darin eine Verwässerung der Initiative und verlangt eine möglichst harte Umsetzung: «Ich hoffe, dass das Parlament dem Bundesrat nicht folgt.»

Der Fall Jegge zeige, wie wichtig es sei, dass sexuelle Straftaten an Kindern nicht verjähren. **Derzeit berät die**

**Rechtskommission des Ständerats über die Gesetzesvorlage.** Eine erste Sitzung vor zwei Wochen endete ohne Ergebnis.

Unterdessen ermitteln die Behörden im Fall Jegge weiter. **Am vergangenen Dienstag führte die Polizei im Rahmen einer Vorermittlung im Haus des pädosexuellen Pädagogen in Rorbas ZH eine Razzia durch.**

Es bleibt unklar, ob die Staatsanwaltschaft formell ein Strafverfahren eröffnen wird. Die Taten, die der ehemalige Sonderschullehrer und Buchautor bisher gestanden hat, sind verjährt.

Vor einer Woche hatte sich der Bündner **Philipp Gurt im SonntagsBlick mit einem offenen Brief an den Täter gewendet. Gurt**

Jürg Jegge: Noch ist kein Strafverfahren eröffnet.

**erlebte als Heimkind ebenfalls Missbrauch. Er wirft Jegge vor die Opfer mit seinen verharmlosenden Aussagen zu diffamieren. Eine Antwort erhielt Gurt bislang nicht.**

Gestern meldete sich in der NZZ ein weiteres Missbrauchsoffer zu Wort. Der heute 53-jährige Andreas Guggenberger wirft Jegge vor, ihn im Alter von 15 Jahren sexuell missbraucht zu haben. «Wie er mich dazu brachte, weiss ich nicht, ich war meist angetrunken oder besoffen». Jegge und sein Anwalt waren für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. ●

BENNO TUCHSCHMID

präsidentin Doris Leuthard am Tisch und haben darüber diskutiert. Alle waren einverstanden mit dem Vorgehen. UPC und die Kabelanbieter haben die Kriterien erfüllt – und einfach mehr bezahlt. Da wurde nicht gemauschelt oder getrickst. Hätte die Swisscom